



Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten | Postfach 31 60 | 55021 Mainz

Vorsitzender des Ausschusses für  
Europafragen und Eine Welt  
Herrn Andreas Hartenfels, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz



**DIE MINISTERIN**

Kaiser-Friedrich-Straße 1  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Poststelle@mueef.rlp.de  
<http://www.mueef.rlp.de>

26. Feb. 2020

Mein Aktenzeichen  
MB-01 421-2/2019-195#17

Ihr Schreiben vom    Ansprechpartner/-in / E-Mail  
Ulrike.Hoefken@mueef.rlp.de

Telefon / Fax  
06131 16-2304/05  
06131 16-4604

## Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 16.01.2020

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der oben genannten Sitzung wurde zu TOP 5

„Europäischer Green Deal“

Antrag der Fraktionen der SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

Vorlage 17/5897

dem Ausschuss zugesagt, den Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen. Dieser ist in der Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrike Höfken

1/6

### Verkehrsanbindung

☎ Sie erreichen uns ab Hbf. mit den Linien 6/6A (Richtung Wiesbaden), 64 (Richtung Laubenheim), 65 (Richtung Weisenau), 68 (Richtung Hochheim), Ausstieg Haltestelle „Bauhofstraße“. ☞ Zufahrt über Kaiser-Friedrich-Str. oder Bauhofstraße.

### Parkmöglichkeiten

Parkplatz am Schlossplatz  
(Einfahrt Ernst-Ludwig-Straße),  
Tiefgarage am Rheinufer  
(Einfahrt Peter-Altmeier-Allee)



---

**„Europäischer Green Deal“**

**Antrag der Fraktionen der SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,**

**Vorlage 17/2929,**

---

Anrede,

am 11. Dezember 2019 hat die EU-Kommissionspräsidentin, Frau Dr. von der Leyen, im Rahmen einer Kommissionsmitteilung den europäischen Green Deal für die europäische Union und ihre Bürgerinnen und Bürger vorgestellt.

Dabei handelt es sich um einen ersten Fahrplan für die wichtigsten Strategien und Maßnahmen, die zur Verwirklichung der Ziele des europäischen Green Deals erforderlich sind.

Was sind die Ziele des Green Deals und wie ist er einzuordnen?

Beim Green Deal soll es sich um eine neue, jetzt nachhaltige Wachstumsstrategie handeln, mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll, in der im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung entkoppelt ist.

Hierzu soll als einer der nächsten und bedeutendsten Schritte bis März 2020 ein Vorschlag für ein erstes europäisches „Klimagesetzes“ vorgelegt werden.

Als Zwischenschritt auf dem Weg zur Klimaneutralität plant die EU zudem bis zum Sommer 2020 einen Plan vorzulegen, mit dem die Reduktionsvorgabe der EU für die Treibhausgasemissionen bis 2030 auf mindestens 50% und angestrebte 55% gegenüber 1990 angehoben werden soll. Alle damit korrespondierenden klimabezogenen Politikinstrumente sollen bis Juni 2021 überprüft und ggf. überarbeitet werden.

Um den europäischen Green Deal umzusetzen, muss letztlich die gesamte Politik in Bezug auf die Versorgung der gesamten Wirtschaft mit sauberer Energie sowie in den Bereichen Industrie, Produktion und Verbrauch, Infrastruktur, Verkehr, Ernährung und



Landwirtschaft, Bauwesen, Besteuerung und Sozialleistungen überdacht werden. Aus dieser Aufzählung wird deutlich, dass es sich beim Green Deal um einen umfassenden Ansatz im Sinne einer ganzheitlichen Nachhaltigkeit handelt, der viele Handlungs- bzw. Politikfelder umfasst und sich nicht nur auf Kernfragen des Klimaschutzes bzw. der Klimaanpassung fokussiert.

Folglich formuliert das erste Strategiepapier des Green Deals nicht nur Klimaschutzpolitische Ziele, sondern nennt bereits verschiedene Elemente, die es zu betrachten gilt und für die die EU in den Jahren 2020 und 2021 plant, konkrete Maßnahmen auszu- arbeiten.

So soll beispielsweise eine Überprüfung der EU-Richtlinie über den Emissionshandel erfolgen und eine neue EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel vorgelegt werden.

Unter der Überschrift „Saubere, erschwingliche und sichere Energie“ soll u.a. eine Bewertung der endgültigen nationalen Energie- und Klimapläne erfolgen. Ferner soll eine Strategie für eine intelligente Sektorintegration erarbeitet werden, ebenso eine Initiative „Renovierungswelle“ für den Bausektor. Ziel ist eine weitgehende Dekarbonisierung des Energiesystems. Hierfür ist insbesondere auch eine umfassende Energiewende nötig. Es geht, neben der Steigerung der Energieeffizienz, vor allem auch um den Ausbau der Erneuerbaren Energien –europaweit! Intelligente Integration von Energieeffizienz, Erneuerbaren Energien und anderen nachhaltigen Lösungen in allen Sektoren sind hier die Stichworte.

Ein weiterer wichtiger Baustein wird eine Industriestrategie für eine saubere und kreislauforientierte Wirtschaft sein. Hierzu sind einzelne Maßnahmen vorgesehen, mit der Ausrichtung, die gesamte Industrie zur Verwirklichung einer klimaneutralen und kreislauforientierten Wirtschaft zu mobilisieren. Ein zentrales Ziel wird darin gesehen, die Entwicklung von Leitmärkten für klimaneutrale und kreislauforientierte Produkte in und außerhalb der EU voranzutreiben.

Da der Verkehrssektor für ein Viertel der Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich ist, muss eine rasche Umstellung auf eine nachhaltige und intelligente Mobilität erzielt werden. Die verkehrsbedingten Emissionen müssen bis 2050 um 90% gesenkt werden. Hierzu soll noch in diesem Jahr u.a. eine Strategie entwickelt werden.



Dabei wird es u.a. darum gehen, Subventionen für fossile Brennstoffe möglichst abzuschaffen, um letztlich CO<sub>2</sub>-freien Verkehr zu erreichen. In diesem Zusammenhang wird die Kommission ferner vorschlagen, die Rechtsvorschriften über CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge zu überarbeiten, um ab 2025 den Weg hin zu emissionsfreier Mobilität zu ebnen. Ergänzend dazu wird die Kommission zudem die Anwendung des europäischen Emissionshandels auf den Straßenverkehr in Erwägung ziehen.

Für den Agrarbereich und die Biodiversität sind ebenfalls einzelne Maßnahmen vorgesehen, die dem Klimaschutz dienen sollen. So ist geplant, neben weiteren Maßnahmen, eine neue EU-Forststrategie vorzulegen und Maßnahmen gegen die Hauptursachen des Biodiversitätsverlustes zu erarbeiten.

Im Kontext des Green Deals wird ein Null-Schadstoff-Ziel für eine schadstofffreie Umwelt angestrebt. Eine Nachhaltigkeitsstrategie für Chemikalien wird hier ebenso angekündigt, wie beispielsweise ein Null-Schadstoff-Aktionsplan für Luft, Wasser und Boden. Dies soll bis 2021 erfolgen.

Als übergreifende Klammer all dieser Betrachtungen, soll die Nachhaltigkeit in alle Politikbereiche der EU einbezogen werden. Dies betrifft auch die Förderung grüner Finanzierungen und Investitionen und die Gewährleistung eines fairen Übergangs. Es soll ein Mechanismus für einen gerechten Übergang vorgeschlagen werden. Dafür sollen 100 Mrd. Euro im Rahmen eines Fonds zur Verfügung gestellt werden. Es sollen insbesondere Regionen und Sektoren im Fokus stehen, die den Übergang am stärksten spüren werden, weil sie von fossilen Brennstoffen oder CO<sub>2</sub>-intensiven Prozessen abhängig sind.

Die EU fordert zudem die Mitgliedländer auf, Umweltbelange in ihren nationalen Haushalten zu berücksichtigen.

Forschung und Förderung im Hinblick auf Innovationen für den Klimaschutz werden als ein weiterer wichtiger Baustein im Rahmen der Green Deals gesehen. Auch hierzu werden verschiedene Einzelmaßnahmen vorgeschlagen, ebenso Aktivitäten im Bereich der Schul- und Berufsbildung.



Die EU will letztlich – auf der Grundlage des Green Deals - weiterhin eine Rolle als globaler Vorreiter wahrnehmen. Sie sieht mit dem Green Deal die Einleitung einer neuen Wachstumsstrategie für die EU, die den Übergang zu einer fairen, wohlhabenden Gesellschaft, die die mit dem Klimawandel einhergehenden Herausforderungen in Angriff nimmt. Daher ersucht die Kommission das europäische Parlament und den europäischen Rat den Green Deal zu billigen.

#### Zusammenfassung/Bewertung:

Der europäische Green Deal ist aus unserer Sicht klar zu befürworten. Er zeigt aus klimaschutzpolitischer Sicht den richtigen Weg für Europa auf, damit dieser Kontinent klimaneutral werden kann. Der Green Deal ist somit durchaus auch als eine Unterstützung unserer Klimapolitik zu sehen und weist in die richtige Richtung! Nun gilt es, ihn auch umzusetzen.

Kern des „Green Deal“ sind zwei Ziele: Ein **Klimagesetz**, das bis März 2020 vorliegen soll und die „**Klimaneutralität**“ bis 2050“ unumkehrbar verankert. Bis dahin soll in den einzelnen Bereichen die Nettoemission aller Treibhausgase auf null reduziert werden oder gespeichert werden. Nötig ist dafür ein kompletter Umbau von Industrie, Energieversorgung, Verkehr und Landwirtschaft.

Aus den bisherigen Ausführungen wird deutlich, dass das derzeit vorliegende Strategiepapier zum jetzigen Zeitpunkt lediglich Ziele und Maßnahmen auflistet und deren angestrebte Inhalte kurz beschreibt, also einen Rahmen vorgibt. Alle weiteren notwendigen Präzisierungen sollen in den Jahren 2020 und 2021 erfolgen. Folglich kann hierzu zum jetzigen Zeitpunkt keine abschließende dezidierte Beurteilung erfolgen. Klar ist aber auch, dass der Green Deal im Zuge seiner Konkretisierung und Umsetzung selbstverständlich Auswirkungen auf Deutschland und folglich auch Rheinland-Pfalz haben wird.

Der „Green Deal“ ist also zunächst ein angekündigtes Gesetzgebungsprogramm, die Details werden erst 2020 und 2021 vorgestellt, wobei der Green Deal folgende Schwerpunkte nennt:



- Die EU-Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, bis 2023 ihre Klimapläne zu aktualisieren. Dafür soll die EU-Kommission ein Gesetz erarbeiten.
- EU-Staaten, die für die Klimaneutralität besonders viel Geld ausgeben müssen, sollen Unterstützung erhalten.
- Das Budget dafür beträgt 100 Milliarden Euro.
- Bis Juni 2020 sollen Gesetzesinitiativen vorgelegt werden. Das können zum Beispiel Gesetze zu erneuerbaren Energien oder zum motorisierten Verkehr sein.
- Branchen, die besonders viel CO<sub>2</sub> ausstoßen, müssen höhere Preise für sogenannte Verschmutzungszertifikate zahlen.
- Voraussichtlich werden Fliegen und Schiffstransporte teurer. Der Grund ist der Ausbau des Emissionshandels.
- Die Europäische Investitionsbank soll zinsgünstige Darlehen für Klimaschutz-Investitionen anbieten.

Es kann sicherlich festgehalten werden, dass eine ambitionierte Gesamtzielsetzung formuliert wurde. Ein europäisches Klimagesetz wird zudem voraussichtlich Wirkungen auf nationale Rechtssetzungen zum Klimaschutz entfalten, so dass ggf. Anpassungen auf Bundesebene oder auch auf der Ebene der Bundesländer erfolgen müssen. Details sind hierzu allerdings noch nicht bekannt.

Darüber hinaus sollen diverse Förderstrukturen entstehen bzw. verstärkt werden. Hier sollte es darum gehen, dass entsprechende Finanzmittel auch rheinland-pfälzischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen oder ggf. auch den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen.

Sowohl im Hinblick auf die angekündigte Industriestrategie, aber auch mit Blick auf die Nachhaltigkeitsstrategie für Chemikalien, werden ggf. Einflüsse auf Rheinland-Pfalz zu erwarten sein, die allerdings derzeit nicht näher spezifiziert werden können.